

terrafina

Überschrift:

Text.

Seite

Überschrift:

Text

Seite

Gesetzgeberische Probleme im OE



Claudio Caratsch
Präsident

Die Verwerfung des Oberengadiner regionalen Richtplans durch einzelne Gemeinden hatte in gesetzgeberischer Hinsicht einen

Scherbenhaufen hinterlassen. Die Gemeindepräsidenten und weiteren Vertreter dieser fünf Gemeinden stimmten als Kreisräte diesem Richtplan zu, um ihn dann in ihren Gemeinden zu bekämpfen. Diese Entwicklung zeigt, dass der Kreisrat in der Zusammensetzung nach der bisherigen Kreisverfassung seine Verantwortung nicht überzeugend wahrnehmen kann. Wenn wir noch bedenken, dass die den Richtplan ablehnenden Gemeinden eine Mehrheit der Oberengadiner Bevölkerung umfassen, sehen wir auch deutlich, dass deren Vertretung im Kreisrat ihre Befugnisse weder effizient noch pflichtgetreu ausüben konnte.

Heute stehen wir vor einigen objektiven Tatsachen, denen wir nicht ausweichen können:

1. der Auftrag der Kreisinitiative, nämlich die Beschränkung des Baus von Zweitwohnungen auf 12'000 m² pro Jahr, bleibt bestehen und muss mit einem neuen Richtplan umgesetzt werden;

2. der Kreisrat, der nach eigenem Wunsch die Rolle der vom kantonalen Gesetzgeber verlangten Regionalvertretung übernehmen will, muss auf demokratisch abgesicherter Basis organisiert werden;

3. dieser Kreisrat ist auch für die Zustimmung zum regionalen Richtplan

Landschaftsinitiative

Eidgenössische Volksinitiative „Raum für Mensch und Natur“

Als die Gemeinde Galmiz/FR im Dezember 2004 55 Hektaren Landwirtschaftsland im Grossen Moos zugunsten eines Betriebsstandorts der US-Pharmafirma Amgen in eine Bauzone umteilte, erreichte die Schweizerische Raumplanungspolitik einen Tiefstand. Bundes- wie Kantonsbehörde handelten widerrechtlich wie Prof. Enrico Riva, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern anlässlich eines Symposiums vom März 2006 analysierte. Eine Weichenstellung in der Raumplanung ist dringend notwendig.

Die schweizerische Raumplanung hat die in den 70er Jahren gesteckten Ziele nicht erreicht; Zehntausende von Baumaschinen bringen es nach wie vor fertig, dass der Landverbrauch in der Schweiz mit einem Quadratmeter pro Sekunde ungebremst fortschreitet. Die Folgen sind unübersehbar. Vom Genfer- bis zum Bodensee bildet sich sukzessive ein geschlossenes Siedlungsband (Metropole Schweiz). Aber nicht nur da, auch im Alpengebiet fressen sich der Zweitwohnungsbau und die Freizeitstrukturen irreversibel in die touristisch wertvollen Landschaften hinein, zerstören schleichend die Erholungsräume und sägen damit am Ast der touristischen Wertschöpfung.

Die Mängel sind vielerorts erkannt. So wies das Bundesamt für Raumentwicklung in einem Raumentwicklungsbericht darauf hin. Im Oberengadin ist die Volksinitiative zur Einschränkung des Zweitwohnungsbaus hoch angenommen worden – ihre Durchsetzung ist leider kürzlich vereitelt worden. In Zermatt dagegen war die rigorose Zweitwohnungsbremse mit einer Zustimmung von fast 73% erfolgreich. Es fehlt aber weit verbreitet am politischen Willen, griffige Massnahmen zu ergreifen, sei es auf Stufe der Gemeinden, der Kantone oder des Bundes. Die politischen Entscheidungsträger sind sich der raumplanerischen Zusam-

menhänge noch immer zu wenig bewusst. Es fehlt allenthalben an der Koordination und es braucht deshalb – wie die Beispiele Oberengadin und Zermatt zeigen – den Druck der Basis, des Volkes. Genau darauf hin zielt die Landschaftsinitiative.

Der Schweizer Heimatschutz und diverse andere Umweltorganisationen betrachten es im Sinne ihres statutarischen Zweckes als ihre Aufgabe, die wunderschönen Landschaften der Schweiz zu schützen, die Erholungsgebiete als Freiräume zu erhalten, das landwirtschaftliche Kulturland zu bewahren und die Lebensqualität in den Wohnquartieren zu fördern. Hierzu ist die Raumentwicklung in der Schweiz auf den Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen. Um dies zu erreichen, will die Initiative:

- Die Verantwortung für den nachhaltigen Umgang mit dem Boden neu zu einer Verbundaufgabe der Kantone und des Bundes machen (heute obliegt sie nur den Kantonen)

- Die Trennung des Baugebietes vom Nichtbaugebiet, die Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen und der Schutz des Kulturlandes.

- Die Gesamtfläche der Bauzone darf während der nächsten 20 Jahre nicht vergrössert werden. (Die Schweiz hat gegenwärtig 60'000 Hektaren als Bauzone eingeteilt, die unüberbaut sind. Dies reicht für weitere (?) 2.5 Millionen Menschen.

Unterzeichnen Sie die Landschaftsinitiative, denn der Handlungsbedarf für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung ist ohne Zweifel gegeben. In diesem Sinne legen wir dem Mitteilungsblatt einen Unterschriftsbogen mit dem Wortlaut der Initiative bei. (ch)

zuständig, ohne weitere Entscheide der elf Gemeinden;

4. wenn die Oberengadiner Gemeinden und der Kreis nicht in der Lage sind, diese anstehenden Probleme zu bewältigen, muss der Kanton auf der Grundlage des Kantonalen Raumplanungsgesetzes kommissarisch aktiv werden und eine Planungszone über das Engadin verhängen, um bis zur Regelung der erwähnten Probleme neue Auswüchse des Zweitwohnungsbaus zu verhindern;

5. die in Vorbereitung stehenden eidgenössischen Volksinitiativen zum Einfrieren der Bauzonen und zur Einschränkung des Verhältnisses der Zweitwohnungen zum Wohnungsbestand jeder Schweizer Gemeinde auf 20%, stellen radikalere Lösungsansätze dar, als sie die Oberengadiner Kreisinitiative anbot.

Der Kreisrat hat nun eine Arbeitsgruppe mit breiter Vertretung beauftragt, einen mehrheitsfähigen Richtplan zu formulieren. Das Kreisverfassungsprojekt wurde kürzlich im Sinne unserer Vorschläge vom Jahr 2006 überarbeitet und die Oberengadiner werden wohl 2008 die Mehrzahl ihrer Kreisräte wählen können. Unsere Stiftung hat am 30. Juni dem Regierungsrat den Wunsch nach Ersatzmassnahmen geäussert. Wir beabsichtigen auch, die Nationalrats-Kandidaten für die Wahlen im Oktober über ihre Einstellung zum Zweitwohnungsbau zu befragen. Unsere Initiativen sind somit auf dem Wege ihrer Erfüllung, wenn auch langsamer als uns lieb ist. Wir wollen unsere Geschäfte selber in demokratischem Sinn erledigen, bevor kantonale oder eidgenössische Vögte einspringen müssen, um unsere Unzulänglichkeiten zu beheben. Unsere eigene, demokratische Kreisinitiative von 2005 wurde von antiquierten Vertretungsstrukturen bisher auf Umwege statt auf die Zielgerade geführt. Es ist nun Zeit, dem Richtplan Form zu geben, bevor eidgenössische Initiativen oder anderweitige Realisationen in Davos, Wallis und Berner Oberland uns zuvorkommen und uns als handlungsunfähige Region bloss stellen. (cc)

Aufräumen !

Ein Aergernis für Gäste und Einheimische bildet seit Jahrzehnten das Areal der ehemaligen FLAB-Bauten an der Hauptstrasse zwischen Zuoz und S-chanf. Am 29. Mai dieses Jahres befanden sich dort unterhalb der Strasse zwei Wohnwagen, zwei Bürocontainer und ein Planwagen, alle fest eingezäunt. Oberhalb der Strasse, in der Umgebung der Baracken, standen 12 Altautos (Occasionen oder Wracks) schräg am Wiesenbord, da fand man Pneus, Kunststofftanks, landwirtschaftliche Geräte und Wagen, und verstreut lagen rostige Eisenteile herum. Seit Ende Juni wird die Asphaltpiste hinter den Baracken von Wohnwagen belegt. Ein eingezäuntes Areal dient als Lagerplatz für ein Baugeschäft und wirft Fragen zur umweltgerechten Lagerung und zur zonenkonformen Nutzung auf.

Unten bei der Strassenbrücke über die Bahn und bereits auf S-chanfer Boden befinden sich zwei neugebaute Landwirtschaftshallen. Die obere dient als Laufstall, die untere als Autowerkstatt und als Malergeschäft. Und in der Umgebung sieht es bereits so aus wie auf Zuozer Boden: Eine wilde Deponie inmitten der Landwirtschaftszone! Das ist kein Zufall – es ist der gleiche Besitzer.

Als das Militär am Anfang der Siebzigerjahre das Areal verkaufte, waren Bauten und Umgebung in gutem Zustand. Es stellt sich die Frage, ob im damaligen Kaufvertrag Bestimmungen zum Unterhalt oder Abbruch enthalten sind. Viele Jahre bildete das Areal das Zielgelände des Skimarathons, und immer wieder gab es Bemühungen der Gemeinde Zuoz und des Heimatschutzes,

die Situation zu verbessern. Ob sie am politischen Willen oder an den rechtlichen Voraussetzungen scheiterten, sei dahingestellt – in erster Linie wären hier Einsicht und Eigenverantwortung des Besitzers gefragt. Dieser sitzt im S-chanfer Gemeinderat, und im Dorf geht die Rede, er werde der nächste Gemeindepräsident ...

Während die meisten Leute ihre Abfälle sauberlich trennen und entsorgen, während die Bauern naturnahe Landwirtschaft betreiben, während das Autogewerbe Altautos, Motorenöl und Pneus fachgerecht lagert und entsorgt, liegt dies hier in der Landwirtschaftszone auf ungeschütztem Naturboden. Ein Gespräch mit dem Besitzer verlief eher unerfreulich und gipfelte in der Bemerkung: „Schauen Sie doch einfach auf die andere Talseite!“ (ez)



Erneuerung Hotel Restaurant Stazersee

Erfreulicherweise hat die Gemeinde Celerrina die zuständigen kantonalen Ämter und die im Engadin aktiven Umweltverbände eingeladen, sich mit den Erneuerungsvorhaben der Besitzer des Hotels Restaurant Stazersee vertraut zu machen und sich im Sinne einer Vorabklärung darüber zu äussern. Claudio Caratsch hat bei diesem Anlass die Meinung vertreten, dass die gegenwärtigen Gebäude, 1910 in zeitgemäßem Stil erbaut und heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht, nicht schutzwürdig erscheinen; in dieser isolierten Lage würde auch ein modernes Gebäude nicht stören. Die touristische Bedeutung des Orts rechtfertigt einen neuen Restaurationsbe-

trieb. Allerdings sollte keine übermässige Vergrösserung der Bauten (kant. Amt für Raumentwicklung geht von max. 100m² aus) entstehen. In ähnlichem Sinne äusserte sich der Präsident des Heimatschutzes Südbünden. Weitere Teilnehmer waren in ihrer Einschätzung der Projekte restriktiver. Der mögliche Baugrund zwischen Waldgrenze, Moorlandschaft und Seeufer ist ohnehin äusserst begrenzt. Die Eigentümer werden nun Projektvarianten ausarbeiten. Die Gemeinde wird ein Gesuch beurteilen. Allseits ist unbestritten, dass diese Umgebung (Landschaftsschutzzone) mit grosser Sorgfalt zu behandeln ist. (cc)

"Text."
Name

Geld regiert die Welt

Mit gemischten Gefühlen verliess der Terra-fina-Delegierte eine Fachtagung auf der Len-zerheide, die unter dem Patronat der Bünd-ner Regierung stand. Wirtschaftsförderer, Raumentwickler, Touristiker, Heimat- und Umweltschützer trafen sich mit einem inter-essierten Publikum zum Diskurs über das Zweitwohnungsproblem. Gewiss: Die Fachbeiträge waren informativ. Einer gescheiter als der andere. Und das vorgestellte Instru-mentarium zur Regulie-rung der überbor-denden Bautätigkeit lässt theoretisch nichts zu wünschen übrig. Alles im Griff, könnte man meinen.

Wertschöpfung um jeden Preis

Nur: Zu viele „Sowohl-als-auch-Formeln“ standen am Schluss im Raum. Einerseits gilt es, die Wertschöpfung aus den Zweitwoh-nungen anzukurbeln, andererseits die daraus folgende Wertvernichtung (sprich: Umwelt-schäden) zu begrenzen. So lautete eine dieser „Zauberformeln“, in der viele unauflösbare Widersprüche stecken. Eine aktive Ansiedelungspolitik soll den Industrialisie-rungsgrad (!) der Destinationen verbessern. Eine solche Strategie – Wachstum auf Teufel komm raus – nennen die Promotoren der Wirtschaft „nachhaltig“. Was ihnen vorschwebt, wurde im Laufe der Tagung klar, als man uns für den Bau von „Resorts“ nach amerikanischem Muster zu erwärmen ver-suchte. Die von Grossinvestoren in die Landschaft geklotzten Retorten-Dörfer und –städte sollen den (vielleicht einmal) abklingenden Zweitwohnungsboom kom-pensieren.

Klimawandel kein Thema

Kein Gedanke wurde verschwendet, um die bisherige Strategie unter dem Gesichts-punkt des Klimawandels zu hinterfragen. Dass sich die Rahmenbedingungen für die Tourismusindustrie in absehbarer Zeit gravierend ändern könnten, hat sich in ge-wissen Kreisen offenbar noch nicht herum-gesprochen. Vorausgesagt wird ein massiver Wirtschaftseinbruch, wenn wir uns einseitig auf diese Art von forcierter Wertschöp-fung fixieren. Als wachstumshemmende Rahmenbedingung bzw. Risikofaktor wird aber nicht die starke Klimaabhängigkeit, sondern „die fehlende Expansionsfläche“ identifiziert.

Wenn der Begriff „nachhaltige Entwick-lung“ nicht zu einer Floskel verkommen soll, dann gibt es nur eins: dass wir solchen Plänen eine klare Absage erteilen. Denn: Was im „Umweltbericht 2007“ des Bundes einmal mehr bekräftigt wird, schleckt keine Geiss mehr weg: Der Mensch macht zuviel Druck auf die Landschaft. Wir bewegen uns nicht auf dem Pfad des Masshaltens, sondern der Übernutzung. Die wachsenden Begehrlichkeiten (namentlich auch beim Bodenkonsum) machen die beim Umweltschutz erzielten Fortschritte zunichte. Und die Erhebungen nach der international verwendeten Methode des ökologischen Fussabdrucks führen zum Resultat, dass der Ressourcenverbrauch hierzulande dreimal so gross ist wie es die Biokapazität erlauben würde.

Fazit

Im Kräftedreieck von Demokratie, Ökonomie und Ökologie gibt es Zielkonflikte und Unver-einbarkeiten. Im Hirngespinnst der „Resorts“ manifestiert sich eine Denkweise, mit der wir in einen Teufelskreis geraten. Damit schaffen wir es nicht, die Probleme im gleichen Ausmass abzubauen wie sie wachsen. Heftige Verwerfungen stehen uns bevor, wenn wir von der Vision einer stetig steigenden Kurve materiellen Wohlstandes nicht Abschied nehmen. Es geht darum, dass wir den Übertreibungen Einhalt gebie-ten. Wie sagte doch der als grosser Gelehrte und Patriot verehrte Karl Schmid, der an der ETH als Professor und Rektor wirkte: „Es gibt einen Fortschritt, der durch nichts so wie durch die Abwesenheit der Sinnfrage gekennzeichnet ist.“(hs)

Helfen Sie mit, das Oberengadin zu schützen!

Um unsere Ziele erreichen zu können, sind wir auf Ihre finanzielle Hilfe angewiesen. Die Stiftung Terrafina Oberengadin gehört zu den Institutionen, die im Verzeichnis über die Abzugsfähigkeit freiwilliger Zuwendungen aufgenommen sind.

Spenderinnen und Spender können ihre Zuwendung bei der Steuererklärung in Abzug bringen.

So können Sie uns unterstützen:

als Spender/in

als Freund/in und Gönner/in

Sie verpflichten sich mit einem jährlichen Beitrag von mindestens 500 Franken (bis auf Widerruf).

als Förderer

Sie verpflichten sich mit einem jährlichen Beitrag von mindestens 2'000 Franken (bis auf Widerruf).

mit der finanziellen Unterstützung eines konkreten Projektes

Gerne informieren wir Sie über laufende Projekte.

Lokale Eigenbrötlererei schadet dem Engadin

Das Scheitern des regionalen Richtplanes zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus hat die Stiftung Terrafina veranlasst, die Regierung des Kantons Graubünden zu ersuchen, aktiv zu werden. Befremdet hat sie vor allem die Rolle gewisser Gemeindevertreter, die der Vorlage im Kreisrat zustimmten, um sie dann in ihren Gemeinden energisch zu bekämpfen. In dem an die Regierung gerichteten Schreiben drückt die Stiftung ihre Befürchtung aus, dass diese Politik – unter Berufung auf die Gemeindeautonomie – fortgesetzt wird. Diesem Doppelspiel gilt es einen Riegel zu schieben. „Der Souverän hat klar bekundet, dass er eine regionale Regelung will – wohl wissend, dass das Oberengadin seine Attraktivität nur dann bewahren kann, wenn eine Gesamtlösung zustande kommt, die das Grundkapital – die einzigartige Landschaft – integral und nachhaltig schützt.“

Handlungsbedarf

Da die Umsetzung der Kreisinitiative keinen längeren Aufschub erträgt, soll die Regierung als Aufsichtsbehörde u.a. folgende Massnahmen ergreifen: den Kreisrat dazu auffordern, seinen Verpflichtungen unverzüglich nachzukommen, und ihm für die Ausarbeitung des definitiven Richtplans eine Frist setzen; sodann eine provisorische Ersatzordnung erlassen, die bis zur Inkraftsetzung des endgültigen Richtplanes bewirkt, dass der Zweitwohnungsbau im Sinne der Initiative gebremst wird; und schliesslich intervenieren, wenn im Richtplan Bestimmungen Eingang finden, die mit dem Initiativtext nicht vereinbar sind und einer demokratischen Legitimation auf Kreisebene entbehren. (hs)

Blumen fürs Engadin

Im Engadin gibt es auch Positives zu vermelden. Als Sonnenstube der Schweiz ist dieses Hochtal für vielfältige, zukunftsweisende Experimente bestens geeignet. Dazu gehören die Tätigkeiten des Vereins Clean Energy. Zum Auftakt sponserte das Fo-um Engadin einen Kollektor für die Photovoltaik-Anlage der Corviglia-Bahn. Realisiert ist auch die Anlage für den Wärmaustausch des St. Moritzer Seewassers mit den Heizungen des Hotels Palace, des Schulhauses und weiterer Hochbauten. Hin-zu kommt das Geothermie-Projekt der Hotel Saratz AG in Pontresina, das eine Reduktion des bisherigen Heizölverbrauchs auf einen Bruchteil vorsieht. Meilensteine auf dem Weg zum Ziel sind die Gebäudesanierungen, bei denen die Energieverluste durch Wärmedämmungen markant gesenkt werden. Erfreulich sind schliesslich die vom Forum Engadin und von der Stiftung Terrafina ergriffenen Initiativen zur Realisierung eines regionalen Wasserkonzeptes. Heute betreibt jede Gemeinde eine eigene Wasserversorgung. Die einen verfügen über reichliche Wassermengen, die sie gar nicht ausnützen; andere müssen mit dem Grundwasser vorlieb nehmen. Anzustreben ist ein Austausch bzw. Ausgleich im Rahmen eines regionalen Verbundsystems. Hoffen wir, dass diese Beispiele Schule machen. Schön wäre es, wenn sich das Engadin als „Klimalabor“ zu einer führenden Modellregion entwickeln würde. (cs/hs)

Die Stiftung Terrafina Oberengadin

- fördert eine sinnvolle Entwicklung des Oberengadins,
- setzt sich für einen wirksamen Schutz der Landschaft ein,
- verbindet ökologische, kulturelle und wirtschaftliche Anliegen, indem sie mit allen interessierten Gruppen den Dialog führt und bei der Umsetzung geeigneter Massnahmen hilft.

Die Stiftung Terrafina Oberengadin finanziert sich durch Spendengelder. Wir zählen auf Ihre Unterstützung und danken für Ihren Beitrag!

Stiftung Terrafina Oberengadin

Geschäftsstelle
Postfach 3, CH-7503 Samedan
Telefon +41 (0)81 852 30 60
Internet www.terrAfina.ch
E-Mail info@terrAfina.ch

Bank- und Postverbindung

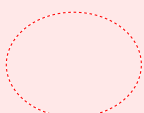
Postkonto: 90-713319-0
Bankkonto: Graubündner Kantonalbank
CK 414.264.000, BLZ 774

Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Terrafina Oberengadin
Layout/DTP: Karin Schneider, Chur
Text: Claudio Caratsch (cc), Erich Ziltener (ez), Hans Schoch (hs)
Druck: Engadin Press, Samedan
Auflage: 7'200 Exemplare

Weitere Exemplare dieser Ausgabe können Sie bei der Geschäftsstelle anfordern, Telefon +41 (0)81 852 30 60 oder info@terrAfina.ch. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Einzahlung Giro Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Versement Virement	Versamento Girata
Stiftung Terrafina Oberengadin 7525 S-chanf	Stiftung Terrafina Oberengadin 7525 S-chanf		Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento Spender/in Freund/in und Gönner/in Förderer Ja, ich/wir möchte/n namentlich genannt werden.
Konto / Compte / Conto 90-713319-0 CHF	Konto / Compte / Conto 90-713319-0 CHF		Einbezahlt von / Versé par / Versato da
	105		



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

907133190 >